



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
3. Sitzung des Ausschusses für Soziales

Sitzungstermin:	Mittwoch, 11.10.2023
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	20:05 Uhr
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck
Anwesende Mitglieder	
Vorsitz	
Renate Prüß - SPD & FW	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Michelle Akyurt - CDU	
Dr. med. Dipl.-Phys. Carsten Grohmann - CDU	ab TOP 3.1; 17:50 Uhr
Andreas Müller - LINKE & GAL Fraktionsvorsitzender	
Mandy Siegenbrink - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzende	
Gregor Voht - SPD & FW	
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Nil Gersdorf - CDU	
Gabriele Gröschl-Bahr - SPD & FW	
Rainer Holtz - AfD	
Delf Kröger - CDU	
Max Manegold - FDP	bis TOP 3.3; 18:04 Uhr
Wolfgang Baasch - SPD & FW	
Karin Burakowski - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Tristan Arun Rao - FDP	ab TOP 3.3 in Vertretung für Manegold; 18:04 Uhr
Beiratsmitglieder	
Renate Pries - Beirat für Senior:innen	
Dr. Renate Schleker - Beirat für Senior:innen	
Verwaltung	
Daniel Blank - FBC FB 2	
Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	entschuldigt
Ralf Kuschmierz - 2.020 FBC	
Claudia Schwartz - Soziale Sicherung	

Gert Wadehn - Senioreneinrichtungen	nur öffentlicher Teil
Matthias Wulf - Soziale Sicherung	nur öffentlicher Teil
Daniela Rummert - 2.000.2 Stabstelle Integration	
Dr. Alexander Mischnik - 2.530 - Gesundheitsamt	
Protokollführung	
Elaine Sauck - 2.500 Soziale Sicherung	
Gitte Timmermann - Soziale Sicherung	
Gäste	
Maria Reznikova - Forum für MigrantInnen	nur öffentlicher Teil

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 05.09.2023	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Informationen zum aktuellen Umsetzungsstand HGH	
3.2	AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Sicherheitspartnerschaft Lübeck	VO/2023/12530
3.3	Soziale Sicherung – mündl. Bericht zu den offenen Aufträgen aus den politischen Gremien	
3.4	Anfrage Frau Siegenbrink zum Seniorentreff St. Lorenz Süd	
3.5	Anfrage Frau Burakowski zum Projekt "Großeltern im Quartier"	
3.6	Anfrage Herr Voht zum Haushaltsbegleitbeschluss "Stärkung des sozialpsychiatrischen Dienstes"	
3.7	Anfrage Frau Akyurt zum Thema "Housing First"	
3.8	Anfrage Frau Akyurt zu den Antragszahlen beim Wohngeld und BAföG	
3.9	Anfrage Frau Prüß zum Hausnotruf	
3.10	Anfrage Frau Prüß zur Kostenübernahme von Tierarztkosten bei geringem Einkommen	
3.11	Aktuelle Informationen zu den Geflüchteten der Hansestadt Lübeck	
3.12	Informationen zum Thema: "Ermittlung des Anteils an Post-COVID- bzw. Long-COVID-Betroffenen in der Hansestadt Lübeck-Kooperation zwischen Gesundheitsamt und dem Institut für Sozialmedizin der Uni zu Lübeck (LüCoV-Studie)"	
3.13	Informationen zu den Pflegesatzverhandlungen SIE	
4	Berichte	
4.1	Auszug aus der Antwort zur Anfrage von AM Thorsten Förter (FDP) zu Sachständen größerer Vorhaben der Stadt (VO/2023/12407-01)	2023/12407-01-01

5	Beschlussvorlagen	
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	Fraktion LINKE & GAL: Modellprojekt für quartiersbezogene ambulante Pflege im Stadtteil St. Jürgen	VO/2023/12381
6.2	Antrag der Fraktion SPD&FW: Mieterschutz stärken - kommunale Mieter:innenberatungsstellen schaffen!	VO/2023/12461
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Anschließend verpflichtet die Vorsitzende die stellvertretenden bürgerlichen Ausschussmitglieder Frau Karin Burakowski und Herrn Tristan Arun Rao mit den Worten: "Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein."

Herr Kröger schlägt vor, den TOP 12.1 von der Tagesordnung zu nehmen, da die Vorlage nicht vorliegt und bittet um die Versendung der Vorlage an die Ausschussmitglieder. Zudem bittet er die betroffenen Belegärzte einzuladen.

Herr Kuschmierz teilt in diesem Zusammenhang mit, dass die Vorlage bereits der Bürgerschaft vorgelegen hat und somit technisch nicht auf der Tagesordnung erscheinen kann.

Diese wird der nächsten Ausschusssitzung allen Ausschussmitgliedern per Mail zur Verfügung gestellt. Zudem ist sie auch über Allris einsehbar.

(Anmerkung der Geschäftsführung: Der Versand per E-Mail einer in der Bürgerschaft abschließend beratenen nichtöffentlichen Vorlage ist rechtlich nicht zulässig.)

Herr Voht bittet darum, dass der TOP 6.2 bis zur nächsten Ausschusssitzung vertagt wird, da es hier noch Beratungsbedarf gibt.

Die Vorsitzende lässt jeweils über die Vertagung des TOP 12.1 und des TOP 6.2 abstimmen:

Ja-Stimmen 14
Nein-Stimmen 0
Enthaltungen 0

Damit wurde die Vertagung des TOP 12.1 und des TOP 6.2 einstimmig beschlossen.

Die Vorsitzende lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP 10 bis 14 en bloc abstimmen.

Der Ausschuss beschließt mit 14 Ja-Stimmen einstimmig die Zuordnung zum nichtöffentlichen Teil.

Ferner werden die Verwaltungsmitarbeitenden Frau Schwartz, Herr Blank, Herr Dr. Mischnik, Frau Timmermann und Frau Sauck zur Teilnahme am nichtöffentlichen Teil vorgeschlagen.

Der Ausschuss beschließt mit 14 Ja-Stimmen, dass die Teilnahme zugelassen wird.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 05.09.2023

Die Vorsitzende erfragt, ob es Einwendungen gegen die Niederschrift vom 05.09.2023 gibt.

Frau Siegenbrink erklärt daraufhin, dass Frau Daniela Schindler dort als Mitglied der Bürgerschaft aufgeführt sei. Dies ist nicht korrekt, da Frau Schindler ein stimmberechtigtes Mitglied ist, ohne Mitglied der Bürgerschaft zu sein. Diese war bei der Ausschusssitzung am 05.09.2023 lediglich als Vertretung für ein Ausschussmitglied anwesend.

Die Vorsitzende lässt über die Niederschrift abstimmen.

Die Niederschrift wird mit 14 Ja-Stimmen beschlossen.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 Informationen zum aktuellen Umsetzungsstand HGH

Herr Kuschmierz führt die Informationen zum aktuellen Umsetzungsstand „Weiterbetrieb HGH“ aus.

Frau Akyurt erfragt, die zukünftigen Schritte.

Herr Kuschmierz erläutert den weiteren Prozess und erklärt, dass die Abarbeitung der Aufträge aus der Bürgerschaft erfolgt.

Frau Siegenbrink erkundigt sich über eine Sanierung im Bestand des HGH. Hierzu teilt Herr Kuschmierz mit, dass es noch eine Vorlage geben wird.

Frau Akyurt verweist auf die Beschlüsse der Bürgerschaft und macht zudem darauf aufmerksam, dass diese Beschlüsse umzusetzen sind.

Zudem erfragt Herr Voht, ob in der Vorlage auch eine pflegfachliche Einschätzung enthalten sein wird.

Hierzu versichert Herr Kuschmierz, dass in der zukünftigen Vorlage nicht nur wirtschaftliche Betrachtungsweisen, sondern auch andere Aspekte berücksichtigt werden. Eine zeitliche Einschätzung zur Fertigstellung der Vorlage wird auf vor der Sommerpause bestimmt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.2 AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Sicherheitspartnerschaft Lübeck Vorlage: VO/2023/12530

Herr Blank berichtet, dass in der kommenden Woche ein Treffen am Ort der Begegnungsstätte für drogensuchtkranke Bürger:innen mit der Polizei und anderen Beteiligten anberaumt wurde.

Hierüber wird in der kommenden Ausschusssitzung berichtet.
Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Beschluss:

Die Senatorin / Der Senator möge berichten über den Stand der Sicherheitspartnerschaft in Lübeck.

Insbes. unter Berücksichtigung des nun in Betrieb genommenen Gebäudes für die Drogenarbeit.

1. Wie wird der Treffpunkt angenommen? Sind die Öffnungszeiten ausreichend?
2. Sind Veränderungen im Betriebsablauf zu erwarten?
3. Ist die für die Polizei erwartete Arbeitsentlastung am Bahnhof eingetreten? Zeichnen sich neue "Hotspots" ab?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.3 Soziale Sicherung – mündl. Bericht zu den offenen Aufträgen aus den politischen Gremien

Frau Schwartz führt in die Thematik ein und stellt zusammen mit Herrn Wulf anhand einer Power Point Präsentation die Vielzahl der offenen politischen Aufträge für den Bereich 2.500 vor. Es ist eine Prioritätensetzung unablässlich, auch angesichts der aktuellen Flüchtlingskrise, des Fachkräftemangels und der vorrangigen Pflichtaufgaben.

Herr Manegold verlässt die Sitzung um 18:04 Uhr und der Vertreter Herr Rao nimmt seinen Platz ein.

Herr Voht bittet darum, die Präsentation dem Protokoll beizufügen.

Abschließend bemerkt die Ausschussvorsitzende, dass es umfangreiche Aufträge an die Verwaltung gibt, die bis in das Jahr 2015 zurückreichen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.4 Anfrage Frau Siegenbrink zum Seniorentreff St. Lorenz Süd

Frau Siegenbrink erläutert, dass mit dem Haushalt Fördermittel für den Seniorentreff St. Lorenz Süd beschlossen wurden und erfragt, wann die Umsetzung erfolgt.

Herr Wulf teilt hierzu mit, dass mit der Umsetzung des Haushaltsbeschluss zeitnah begonnen wird.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.5 Anfrage Frau Burakowski zum Projekt "Großeltern im Quartier"

Frau Burakowski erfragt, warum das bewährte Projekt Großeltern im Quartier seitens der Stadt beendet und nicht wieder aufgenommen wird.

Herr Wulf erklärt, dass dieses Projekt seitens der Gemeindediakonie beendet wurde. Frau Schwartz verweist auf die lange Diskussion hierzu.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.6 Anfrage Herr Voht zum Haushaltsbegleitbeschluss "Stärkung des sozialpsychiatrischen Dienstes"

Herr Voht nimmt Bezug auf den Haushaltsbegleitbeschluss und erfragt, ob zwei zusätzliche Stellen überhaupt ausreichend sind, wenn man von der Zielsetzung einer Rufbereitschaft ausgeht, die ununterbrochen (24/7) erreichbar ist. Des Weiteren erfragt er, ob derzeit überhaupt alle bisherigen Stellen besetzt sind.

Herr Dr. Mischnik berichtet, dass dieses Thema vollumfänglich in der folgenden Sitzung erläutert wird. Zudem ergänzt er, dass der amtsärztliche Dienst ja bereits rund um die Uhr erreichbar ist.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.7 Anfrage Frau Akyurt zum Thema "Housing First"

Frau Akyurt erkundigt sich, ob schon sachkundige Vertreter zum Thema kontaktiert wurden.

Hierzu teilt Herr Blank mit, dass die Einladungen zum nächsten Treffen der Arbeitsgruppe in dieser Woche versandt werden. Es werden zwei Personen aus Hamburg, zum Thema "Housing First" von ihren Erfahrungen und Eindrücken berichten.

Herr Voht führt an, dass die Verwaltung durch den Beschluss der Bürgerschaft damit bereits beauftragt wurde, jedoch ist es wichtig, dass die Verwaltung und die Fraktionen einen gemeinsamen Weg finden.

Frau Prüß berichtet vom guten Austausch des ersten Treffens der Arbeitsgruppe.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.8 Anfrage Frau Akyurt zu den Antragszahlen beim Wohngeld und BAföG

Frau Akyurt erbittet eine Sachstandsmitteilung zu den aktuellen Antragszahlen Wohngeld und BAföG.

Bezüglich der Antragszahlen Wohngeld verweist Frau Schwartz auf die Ausführungen in der letzten Sitzung.

Zum Thema BAföG merkt Frau Schwartz an, dass ein bundesweiter Rückgang der Zahlen erkennbar ist. Eine Erklärung hierfür gibt es jedoch nicht.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.9 Anfrage Frau Prüß zum Hausnotruf

Frau Prüß erfragt, ob die Kosten für die Installation eines Hausnotrufs bezuschusst werden.

Herr Wulf informierte, dass der Hausnotruf unter bestimmten Voraussetzungen durch die Pflegekasse bezuschusst werden kann. Informationen hierzu erhält man beim Pflegestützpunkt der Hansestadt Lübeck.

Herr Voht verlässt von 18:33 Uhr bis 18:36 Uhr den Raum.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.10 Anfrage Frau Prüß zur Kostenübernahme von Tierarztkosten bei geringem Einkommen

Frau Prüß erfragt, ob Tierarztkosten bei geringem Einkommen übernommen werden können.

Hierzu erläutert Frau Schwartz, dass mit dem Regelsatz die Kosten für Tierhaltung abgegolten sind.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.11 Aktuelle Informationen zu den Geflüchteten der Hansestadt Lübeck

Frau Schwartz berichtet, dass die Zahlen der Flüchtlinge deutlich stärker angestiegen sind als in den vergangenen Monaten. Aktuell sind 2119 Geflüchtete in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht und dass es aktuell keine Hotelunterbringungen gibt.

Es wird angestrebt die Nutzung wie z.B. Sporthallen etc. zu vermeiden und daher werden laufend neue Unterbringungsmöglichkeiten geprüft. Weiter berichtet Frau Schwartz, dass Lübeck die Unterbringungsquote erfüllt hat.

Ergänzend hierzu teilte Frau Rummert mit, dass vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eine Strategie erarbeitet wird, die dabei hilft, die steigenden Zahlen bewältigen zu können.

Hierzu sprechen Frau Siegenbrink und Herr Baasch, der erfragt, ob bekannt ist, dass es auf der Landesebene Einsparungen in Bezug auf die Beratung von Migration geben soll.

Frau Rummert bestätigte, dass generell Kürzungen vom Land angedacht sind, jedoch nicht in diesem Bereich.

Frau Akyurt erkundigte sich bei Frau Schwartz, an welche Lösungen die Verwaltung denkt, um neue Unterkünfte zu finden. Frau Schwartz berichtet hierzu von Tagesgeschäft der Verwaltung.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.12 Informationen zum Thema: "Ermittlung des Anteils an Post-COVID- bzw. Long-COVID-Betroffenen in der Hansestadt Lübeck-Kooperation zwischen Gesundheitsamt und dem Institut für Sozialmedizin der Uni zu Lübeck (LüCoV-Studie)"

Herr Dr. Mischnik teilt mit, dass eine Befragung von Betroffenen des Status in Bezug auf Long-/ Post-Covid durchgeführt werden soll.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.13 Informationen zu den Pflegesatzverhandlungen SIE

Herr Wadehn stellt anhand einer Power Point Präsentation die Pflegesatzverhandlungen der SIE vor.

Frau Siegenbrink erfragt, ob das Verfahren zur Erhöhung der Pflegekosten abgeändert werden kann. Herr Wadehn erklärt das vorgeschriebene Verfahren anhand des SGB XI.

Anschließend stellt Herr Voht die Frage, wie viele der Senior:innen den Eigenanteil nicht mehr aus Eigenmitteln zahlen können.

Frau Schwartz teilt hierzu mit, dass ca. 1/3 der Senior:innen in Einrichtungen sozialhilfebedürftig sind. Diese Zahlen nehmen in Kiel beispielsweise zu; in Lübeck bisher noch nicht. Jedoch wird auch hier ein Anstieg erwartet. Diese Zahlen schließen alle Lübecker Pflegeeinrichtungen ein.

Der Anteil in den städtischen Einrichtungen ist höher und liegt bei ca. 50%. Herr Wadehn begründet dieses damit, dass die Hansestadt Lübeck alle Bedürftigen aufnimmt und keine Intensivfälle ablehnt.

In diesem Zusammenhang appelliert Frau Akyurt an alle Fraktionen, diese Umstände an die Bundesregierung zu spiegeln. Dieses System muss zügig und umfassend reformiert werden.

Herr Baasch erfragt, ob im Zuge der Erhöhung der Kosten ein signifikanter Weggang der Bewohner:innen bemerkbar ist.

Herr Wadehn teilt mit, dass es Kündigungen gibt, die Anzahl jedoch gering ist.

Weiterhin schlägt Herr Müller vor erneut einen Appell an Bund und Land zum Reformbedarf zu senden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4 Berichte

**zu 4.1 Auszug aus der Antwort zur Anfrage von AM Thorsten Fürter (FDP) zu Sach-
ständen größerer Vorhaben der Stadt (VO/2023/12407-01)
Vorlage: 2023/12407-01-01**

Herr Kuschmierz teilt mit, dass die Umgründung der SIE sehr umfangreich war und diese Abhängigkeiten (Immobilienverwaltung und Wechselwirkung der verschiedenen Faktoren) in einem zukünftigen Bericht erläutert werden.

Frau Siegenbrink stellt die Frage, ob der Weiterbetrieb Altenpflegeheim Am Behnckenhof und HGH etwas an den Zahlen ändern.

Herr Kuschmierz teilt mit, dass das Altenpflegeheim Am Behnckenhof einen neuen Eigentümer habe und dieser noch Erneuerungen vornehmen wird. Das Pflegeheim wird im Zuge der Umbaumaßnahmen vermutlich etwas an seiner Größe verlieren.

Das HGH ist derzeit nur zu 50% belegt.

Herr Kuschmierz bestätigte, dass dies in der kommenden VO mit aktueller Planung und zeitlichem Ablauf dargestellt wird.

Hierzu sprechen Herr Müller, Herr Kröger und Frau Akyurt, die zudem auf kultursensible Pflege hinweist.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Beschluss:

Antrag AM Fürter VO/2023/12407, beschlossen im Hauptausschuss am 10.08.2023

Der Bürgermeister wird gebeten, in der Sitzung des Hauptausschusses am 10.08.2023 zum Stand folgender größerer Bauvorhaben zu berichten:

- a) Neuaufstellung Senioreneinrichtungen (Bürgerschaftsbeschluss vom 22.11.2022, VO/2022/11544)

...

Der Bürgermeister soll im Rahmen seines Berichts für die vorgenannten Projekte eine aktualisierte Zeitschiene der Realisierung vorstellen, auf Auswirkungen des Anstiegs von Bau- und Kreditkosten eingehen, sowie aufzeigen, welche Möglichkeiten zur Kostendämpfung und Beschleunigung bestehen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X

	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 6 **Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft**

zu 6.1 **Fraktion LINKE & GAL: Modellprojekt für quartiersbezogene ambulante Pflege im Stadtteil St. Jürgen
Vorlage: VO/2023/12381**

Herr Müller erläutert die Vorlage.

Im Anschluss sprechen hierzu Herr Müller, Herr Wulf, Herr Voht, Frau Akyurt, Frau Siegenbrink und Frau Gröschl-Bahr.

Aus diesem Gespräch ergibt sich, dass der Antrag bedeutsam ist, jedoch zeitnah nicht zu erfüllen scheint. Demnach sollte dieser TOP vertagt werden, da er zudem inhaltlich eine Handlungsempfehlung aus dem noch fertigzustellenden Bericht "Folgerungen aus der Pflegebedarfsplanung" - (VO/2020/09309) sein wird. Ein solches Projekt wäre allerdings ohne die Mitwirkung von den Pflegekassen nicht umsetzbar. Zudem wären unter anderem Punkte wie die Auswahl des Stadtteils, die Praktikabilität von Lastenrädern etc. zu klären.

Die Vorsitzende lässt über eine Vertagung des Antrags abstimmen.

Der Ausschuss beschließt mit 14 Ja-Stimmen, die Vertagung des Antrags.

Beschluss:

1. Die Hansestadt Lübeck entwickelt im Stadtteil St. Jürgen ein Pilotprojekt für eine quartiersbezogene ambulante Pflege, bei dem der Mensch im Mittelpunkt steht – in erster Linie der zu pflegende Mensch, aber auch die Pflegenden.
 - Begrenzt auf den einen Stadtteil sollen kurze Wege möglich sein, die überwiegend mit dem Lastenrad, E-Bike oder zu Fuß zurückgelegt werden können und somit mehr Zeit für die Klient*innen lässt.
 - Der Stadtteil St. Jürgen wird ausgewählt, weil hier zum einen dichtbesiedelte Wohngebiete, aber auch ländlichere Gegenden vorhanden sind und wir damit Vergleichsmöglichkeiten haben.
 - Das Modellprojekt soll bereits bestehende pflegerische Angebote im Stadtteil St. Jürgen konzeptionell einbeziehen, wenn diese Interesse haben, sich zu beteiligen.
 - Konzeptionell sollen die Ergebnisse der Pflegekonferenz und der Workshops berücksichtigt werden (siehe Pflegebedarfsplanung, S. 84):

- „Lokale stadtteils- bzw. quartiersbezogene Maßnahmen:
 - Die soziale Kompetenz in der Nachbarschaft ist zu fördern.
 - In den Stadtteilen soll es niedrigrschwellige Wegweisungen geben.
 - Der Quartiersgedanke ist zu fördern.
 - Themenbezogene Stadtteilrunden sollen mit Betroffenen durchgeführt werden.
 - Beratungsstellen sollen in Ärztezentren im Sinne eines Sozialmanagements eingebettet werden.
 - Die Erreichbarkeit von immobilen Menschen ist durch Hausbesuche zu verbessern.“

2. **Um ambulanten Pflegediensten die Möglichkeit zu geben, ihren Mitarbeitenden für die Fahrten zu Klient*innen ein E-Bike /E-Lastenfahrrad zur Verfügung zu stellen, wird im Zuge der kommenden Haushaltsaufstellung ein Förderfonds in Höhe von 50.000 Euro eingerichtet.** Pflegedienste können hieraus einen Zuschuss von 30% für die Anschaffung eines (elektrischen) Fahrrads oder Lastenrads beantragen, jedoch maximal 1.000 Euro.

3. Das Lübecker Modellprojekt soll konzeptionell die Ergebnisse der Evaluation der FH Münster und der Hochschule Osnabrück (Evaluation eines Modellprojekts zur Umsetzung des niederländischen BUURTZORG-Modells in Deutschland) berücksichtigen und nach drei Jahren in Zusammenarbeit mit der Sektion für Forschung und Lehre in der Pflege an der Universität zu Lübeck (<https://www.uksh.de/pflegeforschung/>) evaluiert werden. Mögliche Fördermittel sind in Kooperation mit der Universität zu Lübeck zu beantragen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 6.2 Antrag der Fraktion SPD&FW: Mieterschutz stärken - kommunale Mieter:innenberatungsstellen schaffen!
Vorlage: VO/2023/12461

Der TOP 6.2 wird vertagt.

Beschluss:

Der Bürgermeister möge bis zur Haushaltssitzung im September 2023 berichten, welchen Umfang an Personalstellen und Sachmitteln es bedarf, um eine städtische Mieter:innenberatungsstelle zu schaffen. Eine Tandem-Lösung aus Verwaltung und einem externen Träger, ähnlich der Koordinierungsstelle Ehrenamt, ist als Variante vorzuschlagen. Zielsetzung soll eine kostenlose Beratung zu allen Fragen rund um das Wohnraummietrecht sein, sowie Unterstützung bei der Suche nach anwaltlicher Beratung in Sachen des Mietrechts. Die Beratung soll beispielsweise folgende Themen umfassen:

- Mieterhöhung / Mietpreis
- Betriebskosten / Heizkosten
- Kautions
- Kündigungen
- Schönheitsreparaturen
- Konflikte zwischen Mieter:innen und Vermieter:innen
- Rechte und Pflichten von Mieter:innen und Vermieter:innen
- Spezielle Beratung für junge Mieter:innen unter 26 Jahren mit deren spezifischen Bedarfen

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

zu 8 Verschiedenes

Herr Müller erfragt, ob es einen Beschluss über die Zusicherung von Unterstützungsmaßnahmen für die Sana-Klinik gibt.

Hierzu merkt Herr Voht an, dass es sinnvoll wäre, den Geschäftsführer der Sana-Klinik in absehbarer Zeit vor dem neugewählten Gremium seine Zukunftspläne noch einmal vorstellen zu lassen.

Dieser Vorschlag findet breite Zustimmung. Die Verwaltung wird das einplanen.

zu 9 Ende des öffentlichen Teils

Die Vorsitzende schließt um 20.02 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.

Die Sitzung wird um 20.03 Uhr von der Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Die Vorsitzende Frau Prüß fasst zusammen, dass die Niederschrift vom 05.09.2023 auch für den nichtöffentlichen Teil beschlossen wurde.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 20:05 Uhr.

Lübeck, den 15. November 2023

Frau Renate Prüß
Vorsitzende/r

Elaine Sauck
Protokollführung